16. Oktober 2026

Stellungnahme des Landeselternbeirats von Hessen zur schriftlichen Anhörung des Kulturpolitischen Ausschusses zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, zum Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der hessischen Lehrkräftebildung (LT-Drs. 21/5070)

Der LEB Hessen begrüßt grundsätzlich, dass der pädagogische Vorbereitungsdienst fortentwickelt und an gesellschaftliche Herausforderungen angepasst werden soll. Aus Elternsicht sind insbesondere folgende Punkte hervorzuheben:

Verkürzung auf 18 Monate
Angesichts des Lehrkräftemangels ist es nachvollziehbar, dass künftige Lehrkräfte schneller in den Vollunterricht kommen sollen. Die Verkürzung sollte nicht vor allem der Haushaltskonsolidierung dienen. Der Vorbereitungsdienst ist ein praxisnaher, personalintensiver Ausbildungsgang. Wenn in kürzerer Zeit mit weniger Ressourcen ausgebildet wird, muss offensiv belegt werden, dass die Ausbildungsqualität nicht leidet. Diesen Nachweis erbringt der Entwurf bislang nicht. Hinzu kommt aus unserer Sicht eine offene Frage: Der Entwurf sieht bei gleichzeitiger Verkürzung der Ausbildung mehr eigenverantwortlichen Unterricht und eine Ausweitung der Querschnittsthemen vor. Es stellt sich die Frage, wie mehr Ausbildungs- und Praxisanteile in weniger Zeit erarbeitet werden sollen. Aus Elternsicht wäre es daher wünschenswert, dass die Auswirkungen der Verkürzung auf die Ausbildungsqualität im Blick behalten und möglichst wissenschaftlich begleitet werden.

Erhöhter eigenverantwortlicher Unterricht (14–16 Wochenstunden)
Bereits heute unterrichten Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst 10–12 Wochenstunden. Die Anhebung auf 14–16 Stunden nähert sich dem Umfang regulärer Lehrkräfte deutlich an. Der Eindruck liegt nahe, dass Referendarinnen und Referendare verstärkt zur Kompensation des Lehrkräftemangels und des Unterrichtsausfalls eingesetzt werden sollen, zulasten von Ausbildungs- und Reflexionszeit. Ausbildung darf nicht zur Personaldecke der Schulen werden. Uns ist aus Elternsicht wichtig, dass die Ausbildungsqualität dabei nicht hinter dem praktischen Einsatz zurücksteht – etwa durch ausreichende Mentorenbetreuung und Feedbackzeiten. Wir vertrauen darauf, dass hier im weiteren Verfahren eine pädagogisch fundierte Balance gefunden wird.

Reduzierung der Unterrichtsbesuche
Unterrichtsbesuche sind aus unserer Sicht ein bewährtes Instrument, um die Entwicklung angehender Lehrkräfte zu beobachten und zu fördern. Angesichts der reduzierten Anzahl von acht bewerteten Unterrichtsbesuchen wäre es aus Elternsicht hilfreich, wenn im weiteren Verfahren deutlich würde, wie die individuelle Begleitung durch die Ausbildungskräfte auch bei höheren Betreuungsquoten gewährleistet werden kann.

Querschnittsthemen – ausdrücklich begrüßt
Die verbindliche Verankerung von Querschnittsthemen – insbesondere Inklusion, Wertevermittlung/Demokratiebildung, psychische Gesundheit, Digitalisierung und KI – in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung unterstützen wir ausdrücklich. Hier spiegeln sich zentrale Erwartungen der Elternschaft wieder. Uns ist wichtig, dass diese Themen in der konkreten Ausgestaltung – etwa im Kerncurriculum – mit ausreichender Zeit versehen werden. Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung ist an hessischen Schulen unterschiedlich weit entwickelt. Umso wichtiger ist es aus Elternsicht, dass angehende Lehrkräfte auf die Gestaltung inklusiven Unterrichts gut vorbereitet werden.

Zusammenarbeit mit Eltern und Elternbeiräten
Aus unserer Sicht fehlt bislang ein Themenfeld, das für die Schulwirklichkeit zentral ist: Lehrkräfte werden bisher nur wenig auf den Umgang mit Eltern und noch weniger auf die Zusammenarbeit mit Elternbeiräten vorbereitet. Die Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus ist jedoch eine wesentliche Grundlage gelingender Schule. Wir würden es daher begrüßen, wenn die Zusammenarbeit mit Eltern und Elternvertretungen als verbindlicher Bestandteil der Lehrkräftebildung, etwa im allgemeinpädagogischen Seminar und in den Querschnittsthemen, verankert würde.

Praxisanteile bereits im Studium
Viele Studierende brechen die Lehramtsausbildung ab, oft erst spät – nachdem Ausbildungsplätze und Ressourcen bereits gebunden waren und wertvolle Jahre aufgewendet wurden. Aus Elternsicht wäre es daher ein Gewinn, wenn Praxisanteile (Schulpraktika, Hospitationen, begleitetes Unterrichten) möglichst früh und verbindlich im Studium verankert würden. Dies könnte helfen, Fehlentscheidungen früher zu erkennen, und wäre aus unserer Sicht eine wertvolle Weichenstellung für die Qualität der künftigen Lehrerschaft.

Schulgutachten (25 % statt 7,5 %)
Die Aufwertung des Schulgutachtens können wir aus Elternsicht grundsätzlich unterstützen, da die Ausbildungsschule die Bewährung im pädagogischen Alltag am besten einschätzen kann. Angesichts der gleichzeitigen Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts wäre es wünschenswert, dass die Schulen für die Begutachtung personell und zeitlich entsprechend ausgestattet sind und einheitliche, nachvollziehbare Kriterien angelegt werden.

Strukturumbau (Module → Bänder)
Die neue Struktur der Ausbildung in „Bändern" geht aus dem Gesetzentwurf nicht vollständig eindeutig hervor. Wir würden es begrüßen, wenn im weiteren Verfahren verständlich dargestellt würde, wie die neue Struktur die individuelle Begleitung und Feedbackkultur der angehenden Lehrkräfte konkret stärkt.

Der LEB Hessen unterstützt den Anspruch, die Lehrkräftebildung zeitgemäß und praxisorientierter zu gestalten und gesellschaftliche Querschnittsthemen verbindlich zu verankern. Aus Elternsicht ist uns ein zentrales Anliegen, dass die Qualität der Ausbildung bei allen Neuerungen im Mittelpunkt bleibt. Darüber hinaus möchten wir einladen, die Zusammenarbeit mit Eltern und Elternbeiräten als eigenständiges Thema in die Lehrkräftebildung aufzunehmen. Wir würden es begrüßen, wenn die Verkürzung und die strukturellen Veränderungen wissenschaftlich begleitet und frühzeitige Praxisanteile im Studium mitgedacht würden.